

Die Veröffentlichung der Kontrollzahlen des „Fünfjahrplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951 bis 1955)“ soll die Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz in der Industrie, die Mitarbeiter der MAS und der volkseigenen Güter, die Angestellten im Wirtschafts- und Staatsapparat, die Mitglieder und Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften, der Kammer der Technik und aller wissenschaftlichen Institute zur Meinungsäußerung und Kritik anregen. Der Fünfjahrplan soll mit zum Inhalt der Versammlungen gemacht werden, die in der nächsten Zeit in Verbindung mit der Vorbereitung der Wahlen durchgeführt werden, und wo alle Kreise der Bevölkerung die Möglichkeit haben, ihre Vorschläge zu machen und auch Kritik an vorhandenen Mängeln zu üben.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird den Plan in kurzer Zeit dem Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik übergeben. Der Plan selbst soll dann so vorbereitet werden, daß er von der am 15. Oktober zu wählenden Volkskammer beraten und zum Gesetz des Staates und des Volkes erhoben wird.

Die großen Aufgaben, die im Fünfjahrplan gestellt sind, bedürfen der unmittelbaren Vorbereitung. Aus der exakten Ausarbeitung der Zahlen, die wir vorlegen, ergibt sich, daß eine Reihe Aufgaben der Hüttenindustrie, des Schiffbaus, des Schwermaschinenbaus, der Energieerzeugung bereits im August dieses Jahres in Angriff genommen werden muß.

Zur Vorbereitung des Fünfjahrplans gehört auch die planmäßige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Volksrepubliken. Die bedeutsame Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion, die in den letzten Monaten abgeschlossenen Abkommen mit Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn sind Vorbereitungen für Fünfjahreshandelsabkommen mit diesen Ländern.

Im Interesse einer langfristigen Zusammenarbeit und der Teilnahme an den Einrichtungen der gegenseitigen Hilfe der Sowjetunion und der volksdemokratischen Staaten halten wir es für wünschenswert, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierungen, die dem Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe angehören, herantritt mit der Bitte, auch unsere Regierung in den Rat aufzunehmen. (Lebhafter